

Erneut bestätigt sich eine Vorhersage der AfD: Neubau des Klinikum Höchst verzögert sich und das wirft Fragen auf



Nun ist das Szenario also doch wahr geworden, das die AfD im Römer bereits im März vergangenen Jahres für sehr wahrscheinlich gehalten hat: Das Klinikum Höchst wird anders als im Magistratsbericht von 2017 angekündigt im zweiten Quartal 2019 fertiggestellt. Als die AfD seinerzeit den Magistrat fragte, wie er die Einhaltung des Zeitplans zu sichern gedenke, hieß es lediglich: „Die stringente Umsetzung der Festlegungen im Vertrag wird konsequent verfolgt“. Darüber hinaus hatte der Dezernent im zuständigen Ausschuss auf Anfrage immer wieder behauptet, im Vertrag keine Konventionalstrafe für Verzögerungen bei der Fertigstellung vereinbart zu haben. „Grund für uns, als Fraktion am 08.03.2017 zu beantragen, mit dem Generalunternehmer für den Neubau des Klinikums Höchst eine Konventionalstrafe für den Fall zu vereinbaren, dass der Neubau nicht zum vereinbarten Termin fertiggestellt wird“, sagt Rainer Rahn, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer. „Der Antrag wurde sodann von fast allen Fraktionen abgelehnt“, ruft Rahn in Erinnerung.

Jetzt berichten die Medien, die Übergabe des Klinik-Neubaus solle nunmehr voraussichtlich erst im Lauf des Jahres 2020 erfolgen. Die Verzögerung bei den auf der Baustelle tätigen Handwerkern sei der FNP zufolge bereits seit längerem bekannt gewesen, auch wenn die Klinikleitung das selbst auf Anfrage immer bestritten habe. Wie es zuletzt aber schließlich doch hieß, habe der Generalunternehmer für den Neubau des Klinikums gegenüber dem Bauherrn „eine Bauzeitverlängerung angezeigt, die nach jetzigem Kenntnisstand eine Fertigstellung des Gebäudes erst in 2020 ermöglicht“. Der zuständige Gesundheitsdezernent Stefan Majer führte hierzu aus, dass besagte Verzögerung Geld kosten würde. Der Vertrag mit dem Generalunternehmer sei jedoch mit entsprechenden Strafen bewehrt, falls die Übergabe nicht zeitgerecht erfolgt – nach Presseberichten 200.000 Euro pro Tag. „Gibt es nun also doch eine Vereinbarung mit dem Generalunternehmer über eine Konventionalstrafe? Wir fordern Aufklärung vom Magistrat!“, erklärt Rahn.



Weiter auf Seite 2

„Im Einzelnen ist zu klären, wann genau die Übergabe des Neubaus vertraglich vereinbart worden ist: im 2. Quartal 2019, wie im Magistratsbericht ausgeführt oder im Oktober 2019, wie von der Presse berichtet?“, so Rahn. „Mit welchem Übergabezeitpunkt rechnet der Magistrat nach aktuellem Stand? Und welche Nachteile – z.B. zusätzliche Kosten – entstehen dem Klinikum bzw. der Stadt Frankfurt durch die Verzögerung der Fertigstellung?“, fordert der AfD-Fraktionschef zu erfahren.

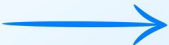
Der Magistrat soll darüber informieren, seit wann er Kenntnis davon hat, dass der vereinbarte Übergabetermin nicht eingehalten werden kann. „Wodurch bzw. von wem erhielt der Magistrat erstmals Kenntnis von der voraussichtlichen Verzögerung der Fertigstellung? Was sind die Gründe für die nunmehr eingetretene Verzögerung?“, fragt Rahn.

Die AfD im Römer interessiert sich dafür, wer der Vertragspartner (Bauherr) des Generalunternehmers ist, der den Neubau ausführt? Und mit welchen konkreten Strafen – z.B. Zahlung einer Konventionalstrafe – die verzögerte Fertigstellung des Neubaus bewehrt ist. „Falls mit dem Generalunternehmer eine Konventionalstrafe vereinbart wurde: wie ist die konkrete Ausgestaltung der entsprechenden vertraglichen Bestimmung, d.h. unter welchen Bedingungen wird diese Konventionalstrafe fällig? Hat der Vertragspartner angesichts der zu erwartenden Verzögerung signalisiert, dass er die Konventionalstrafe in der vom Magistrat angegebenen Höhe entrichten wird oder ist in dieser Hinsicht ein Rechtsstreit zu erwarten?“ So lauten die abschließenden Fragen Rahns an den Magistrat.

Verbrüderung der Linksradikalen mit Straftätern in der Platensiedlung: Wird der Magistrat auch hier wieder wegsehen?

Es ist bezeichnend für die Frankfurter Sicherheitspolitik, dass man immer so tut als sei man von den Entwicklungen in der Platensiedlung überrascht worden. Das sagt Horst Reschke, sicherheitspolitischer Sprecher der AfD im Römer. Nach Krawallen in der Silvesternacht, der Drogenrazzia Mitte September und den Ausschreitungen an Halloween war selbst der Polizeipräsident nicht mehr umhin gekommen, das Ginnheimer Viertel als ‚sozialen Brennpunkt‘ zu bezeichnen. Laut Presseberichten hatten Unbekannte nun zuletzt noch einen Container der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG zerstört. Im Internet sei dazu ein Bekennerschreiben von Linksradikalen veröffentlicht worden. Die ihre Tat als Solidarität mit den sechs drogendealenden Familien verstanden wissen wollten, welche aus ihren Wohnungen geklagt werden sollten.

„Mit der gespielten Überraschung über die Vorfälle will man sich in der Frankfurter Sicherheitspolitik nur der Frage entledigen, was man verkehrt gemacht hat, dass man die Verhältnisse nicht bemerkt hat“, konstatiert Reschke. „Im Falle der Siedlung ist die Antwort einfach, damit aber umso schwerwiegender: Man hat die Hilferufe der bedrängten Bewohner geflissentlich überhört und letztlich viel zu spät interveniert!“, führt der AfD-Stadtverordnete aus.



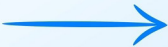
Weiter auf Seite 3

„Aus dieser falschen Einstellung resultieren ebenso die weiteren Fehler wie auch die vornehme Zurückhaltung der Stadt. Denn letztlich überlässt man es der zivilrechtlichen Initiative der Wohnungsgesellschaft, die Kriminellen aus der Siedlung zu schaffen. Das Gleiche gilt, wenn nun ein privater Sicherheitsdienst dort Ordnung schaffen soll“, erklärt Reschke.

Aber hier sei die Stadt und mit ihr die staatliche Polizei gefordert. „Bis hin, dass an jeder Ecke eine Polizeistreife steht. Und zwar solange, bis sich die Dinge wieder normalisiert haben“, fordert der sicherheitspolitische AfD-Sprecher. Dazu gehöre gleichfalls, dass Linksradikale das Viertel nicht mit ihrem Krieg überziehen.

„Sind sich die Linksradikalen darüber im Klaren, dass sie sich mit Straftätern solidarisch erklären?“, so Reschke. „Wie so oft übersieht die linke Gesinnung, dass es grade die kleinen Leute sind, die unter dem kriminellen Terror leiden müssen!“, fährt er fort.

Dieser Vorfall erinnere die AfD daran, wieder nach dem Kündigungsstand bei den drei Objekte zu fragen: dem Klapperfeld, dem Café Exzess und dem Anwesen ‚In der Au‘. „Die AfD ist gespannt, ob sich die linke Fraktion von der kriminellen Aktion distanziert“, schließt der AfD-Stadtverordnete.



Weiter auf Seite 4

Grundsätzlich möchte die AfD im Römer mit einer Anfrage jetzt vom Magistrat erfahren, wie dieser sich erkläre, dass die geschilderten Probleme in der Platensiedlung vor etwa drei Jahren begonnen haben sollen. „Wie beabsichtigt der Magistrat denn ganz konkret, die Kriminalität in der Platensiedlung zu reduzieren?“, heißt es in der Anfrage weiter. Und: „Welche anderen Problemquartiere hat der Frankfurter Planungsdezernent im Blick, in denen er ebenfalls hart durchgreifen möchte?“ Die AfD im Römer interessiert sich genauso dafür, wo nach Auffassung des Magistrats die Personen bzw. deren Familien zukünftig wohnen werden, denen aufgrund von kriminellen Aktivitäten die Wohnung in der Platensiedlung gekündigt wird. Zudem soll der Magistrat nach dem Willen der AfD darlegen, welche zusätzlichen Kosten im Einzelnen der Stadt Frankfurt bzw. der ABG Holding durch die verschiedenen Maßnahmen gegen Kriminalität in der Platensiedlung entstehen.

Droht bei Dieselfahrverboten neuer Ärger? AFD stellt Fragen zu Frankfurts Luftreinhalteplan

Nach der jüngsten Ankündigung des Bundesverkehrsministers in Sachen Diesel zieht für Frankfurt neuer Ärger auf. Scheuer wolle künftig nur noch solchen Kommunen Fördermittel für die Umrüstung von Diesel-Fahrzeugen – z.B. Bussen – zuweisen, die aktuelle Luftreinhaltepläne vorwiesen, hieß es in der Presse. Ist Frankfurt nun auch davon betroffen? Die AfD im Römer fragt beim Magistrat nach: Hält der Magistrat den für die Stadt Frankfurt aufgestellte Luftreinhalteplan im Sinne der Äußerungen des Bundesministers für aktuell? Trifft es zu, dass der Magistrat seit 2014 der Hessischen Landesregierung keine weiteren Vorschläge zur Reduzierung der Stickoxid-Belastung unterbreitet hat? Und das obwohl Modellrechnungen zeigten, dass diese in keinem Fall ausreichend sein würden, um die Grenzwerte einzuhalten? Wenn ja, warum nicht? Steht der Magistrat in dieser Sache mit dem Bundesminister in Verhandlungen, um weitere Fördergelder zur Reduzierung der Grenzwerte zu erhalten?

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter: www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich.

Nächster Sitzungstermin : **13. Dezember 2018**

Anmeldung unter: einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Bürozeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag - Donnerstag 10 - 15 Uhr

Mail: info@afd-im-roemer.de
Tel.: 069 - 212 46 222
Internet: www.afd-im-roemer.de

IMPRESSUM

AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Dr. Dr. Rainer Rahn (Fraktionsvorsitzender)